

Wissen: Aula

Corona-Krise – Lernen mit Hindernissen

Von Heike Schmoll

Sendung: Sonntag, 31. Mai 2020, 8.30 Uhr

Redaktion: Ralf Caspary

Produktion: SWR 2020

Hausaufgaben im Kinderzimmer, knackende Videokonferenzen, Eltern, die mit der Lehrerrolle überfordert sind: Die Pandemie verschärft die Probleme des Bildungssystems. Über die Folgen spricht Dr. Heike Schmoll, FAZ-Journalistin und Bildungsexpertin.

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

SWR2 können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter www.SWR2.de und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören.

Kennen Sie schon das Serviceangebot des Kulturradios SWR2?

Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen. Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert. Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder swr2.de

Die SWR2 App für Android und iOS

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...
Kostenlos herunterladen: www.swr2.de/app

Mit dem Thema: „Corona-Krise – Lernen mit Hindernissen“. Am Mikrofon: Ralf Caspary.

Wegen der Corona-Pandemie haben wir die ursprünglich für heute geplante Sendung über die Intelligenz von Krähen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Heute geht es um die Schulen in Deutschland, die ja jetzt nach und nach wieder auf „Normalbetrieb“ umstellen, vorher -während des Lockdowns sah das so aus: Hausaufgaben wurden im eigenen Kinderzimmer gemacht, es gab knackende Videokonferenzen, unverständliche Lehrerstimmen aus dem Off, Eltern, die mit der Lehrerrolle überfordert sind. Das alles wird zu vielen Lerndefiziten führen. Und vor allem: Die sozialen Unterschiede werden sich verschärfen, Kinder aus bildungsfernen Schichten werden die Verlierer der Corona-Krise sein. Hören Sie dazu den Vortrag der FAZ-Journalistin und Bildungsexpertin Heike Schmoll.

Heike Schmoll:

Es gibt viele Umfragen unter Eltern, Schülern und Lehrern. Bei den wenigsten lief die häusliche Beschulung ganz ohne Schwierigkeiten. Am schwersten hatten es die Kinder, deren Zuhause die Hölle ist, die missbraucht und gequält werden. Das sind mit Sicherheit mehr als die meisten von uns sich vorstellen können. Für sie sind Kindergarten und Schule oft genug die einzigen Orte, dem häuslichen Terror zu entkommen, es sind Oasen der Ruhe und des Respekts.

Schwer zu ertragen waren die letzten Wochen auch für die Kinder von Alleinerziehenden in systemrelevanten Berufen, die sich einfach nicht kümmern konnten. Trotz der Notbetreuungsangebote konnten nicht alle Kinder und Jugendlichen den Verlockungen des erhöhten Medienkonsums widerstehen, Cybermobbing ist nur eine der Gefahren, die dabei lauern. Viele Kinder und Jugendliche flüchteten sich regelrecht in die Weiten des Internet, der Computerspiele und des Konsums von TV- und Streamingdiensten. Diese „Kompensationshandlungen“ wurden von den Eltern verständlicherweise toleriert, da Kinder und Jugendliche so beschäftigt waren und es weniger Streit gab. Manche Eltern hatten einfach nicht mehr die Kraft Grenzen zu setzen. Es fehlte ihnen die Energie, klare Regeln vorzugeben und deren Einhaltung zu überwachen.

Alle Beteiligten merken wie selten zu vor, dass vieles was Schule ausmacht, ein Beziehungsgeschehen unter den Kindern und mit den Lehrern ist. All das fällt jetzt weg. Die digitalen Lückenbüsser stellen die meisten Beteiligten nicht annähernd zufrieden.

Die Mehrheit der Schulen hatte kein Gesamtkonzept, das die Versorgung ihrer Schüler mit Lernangeboten für die Zeit der Schulschließung sicherstellte. Das berichten Lehrer in einer repräsentativen Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach im Auftrag der Vodafone Stiftung Deutschland. Nur ein Drittel der Lehrer findet, dass ihre Schule gut auf die neue Situation vorbereitet war. In den Gymnasien waren nahezu die Hälfte der Lehrer der Meinung, dass ihre Schule damit umgehen konnte. An den Grundschulen waren es nur gut 18 Prozent. Ein Viertel der Lehrer war bei der Gestaltung der Unterrichtsinhalte während der Krisenzeit auf sich allein gestellt und wünschte sich mehr Unterstützung von der eigenen Schulleitung oder

den zuständigen Behörden. Schulen, die schon vor der Krise mit vielen digitalen Lerneinheiten gearbeitet hatten, erreichten ihre Schüler verlässlicher als andere, dort halfen sich die Lehrer auch untereinander.

Die Effektivität des Lernens in der Zeit der Schulschließungen sehen die meisten Lehrer pragmatisch oder auch realistisch. Mit größeren Lernfortschritten rechnen die meisten nicht, im Gymnasium sagen gut 31 Prozent der Lehrer, der bisherige Lernstand solle gehalten werden, 43 Prozent wollen zwar vorankommen, wissen aber zugleich, dass sie weniger schnell als im Präsenzunterricht vorankommen können.

Für die Zeit nach den Schulschließungen wünschen sich die Lehrer vor allem, Lücken zu schließen und Gelerntes zu wiederholen, Niveauunterschiede auszugleichen und sich besonders um schwächere Schüler zu kümmern, digitale Lernangebote auszubauen und zu etablieren und das Gemeinschaftsgefühl zu fördern. Sie wollten versuchen, den persönlichen Kontakt mit den Schülern wieder zu stärken, um sie zu motivieren und nicht zuletzt die Gesundheitsregeln einhalten.

Manche Schüler haben sich in den letzten Wochen nicht mit Lernen und den hoffentlich bereitgestellten Aufgaben beschäftigt. Es gab auch welche, die von ihren Lehrern auf dem digitalen Weg gar nicht erreicht wurden. Die meisten Lehrer haben sich viel einfallen lassen, sind sehr kreativ mit der Krise umgegangen. Sie haben selbst Experimente entwickelt, die sich mit wenigen Mitteln zuhause machen ließen und dann fotografiert und dokumentiert werden mussten. Sie riefen bei den Schülern an und waren auch bereit, nicht verstandene Fragestellungen noch einmal einzeln zu erläutern.

Längst nicht allen Eltern war es möglich, bei Fragen Hilfe zu geben. Es wird genügend Schüler geben, die das Lernen einfach wieder verlernt haben. Man kennt diesen Effekt aus Ländern, deren Sommerferien drei Monate dauern. Dort ist der Lernverlust über den Sommer dokumentiert und gut untersucht. Lernen muss man langfristig lernen und man kann es ganz schnell wieder verlernen. Es ist damit zu rechnen, dass längst nicht alle Schüler einfach so weitermachen können, wie sie es vielleicht vorher schafften. Manche werden das Lernen tatsächlich vergessen haben, waren sicherlich auch körperlich viel zu inaktiv, sind möglicherweise seelisch instabil und müssen erst aus dem regressiven Zustand herausgeholt werden. Es bleibt nur zu hoffen, dass sich diese Wirkungen der Schulschließungen nicht in wachsendem Schulabsentismus niederschlagen werden.

Selbst die Oberstufenschüler haben einer Befragung zufolge weniger gearbeitet als in pandemiefreien Zeiten: Während der Schulschließungen gaben 37 Prozent der Schüler der letzten beiden Gymnasialklassen in acht Bundesländern an, weniger als zwei Stunden mit schulbezogenen Tätigkeiten zu verbringen, 27 Prozent machten wenigstens vier Stunden lang etwas für die Schule. Doch selbst das entspricht nicht annähernd einem Schultag mit Hausaufgaben. Besonders fatal sind die Schulschließungen für die Erstklässler, die grundlegende Kulturtechniken wie Lesen und Schreiben noch nicht sicher beherrschen. Sie gehören zu den absoluten Krisenverlierern und es ist die Frage, welche Modelle dazu taugen, sie den entgangenen Unterricht nachholen zu lassen.

Denkbar wären nicht nur Samstagsunterricht mit allen Problemen, die das etwa für den Schülernahverkehr und die Eltern bringt oder auch eine Art Sommerschule in den letzten beiden Wochen der Ferien. Davon wollend die Kultusminister allerdings noch überhaupt nichts wissen. Berlin versucht, Honorarkräfte über freie Träger für Sommerschulen zu verpflichten. Ob sie die Unterrichtsqualität sichern können, ist dann allerdings die Frage.

Wenn die baden-württembergischen Schüler nach den Pfingstferien Mitte Juni in ihre Schulen zurückkehren dürfen, sehen ausgerechnet die Fünftklässler ihre Klassenräume zum ersten Mal nach drei Monaten wieder von innen. Gelingen soll das alles, indem geteilte Klassen in einem rollierenden System mit abwechselnden Präsenz- und Fernunterrichtsphasen wieder in der Schule unterwiesen werden.

Der Philologenverband des Landes, der die Gymnasiallehrer vertritt, hält überhaupt nichts davon. Das alles sei unwirksam, selbst im besten Falle. Die räumlichen und personellen Ressourcen reichten an Gymnasien aufgrund der notwendigen Klassenteilungen in zwei oder drei Gruppen maximal für zwei bis drei komplette Klassenstufen gleichzeitig. Fernunterricht, Notbetreuung, Beschulung von Kindern, die über Fernunterricht nicht erreicht werden, dazu Abiturkorrekturen und mündliche Prüfungen. Das bringe das System an seine Grenzen und darüber hinaus.

Wie groß der Bildungserfolg sein werde, wenn Schüler im Idealfall nur jede dritte bis vierte Woche Präsenzunterricht hätten, das könne sich jeder nach den Fernlern-Erfahrungen der letzten Wochen selbst ausmalen, monieren die Gymnasiallehrer. Sie sehen in dem rollierenden System für Schul- und Kindergartenkinder keine sinnvolle Beschulung oder Betreuung, weil auch die Eltern sich nicht darauf einstellen können.

Dazu kommt, dass die 11. Klassen, die im kommenden Jahr Abitur machen, eigentlich durchgehend in allen Fächern unterrichtet werden müssten, weil Unterricht und Leistungsfeststellungen sogar Teil ihrer Abitur-Qualifikation sind. Nur ein Drittel geht nämlich auf die Prüfung selbst zurück, zwei Drittel der Punkte werden in den Schulhalbjahren vor dem Abitur erarbeitet. Umso wichtiger ist, dass die Leistungen dieser Phase auch bewertbar sind. Man sieht daran, wie wichtig es ist, Leistung zurechnen zu können. In der Präsenzscheule ist das gar kein Problem, aber beim digitalen Lernen können unsichtbare Helfer im Hintergrund mitwirken: Eltern, Geschwister, Freunde.

Es ist weiterhin zu befürchten, dass die Schüler im Fernunterricht zuhause nach Pfingsten nicht mehr so gut wie bisher betreut werden können. Lehrer sind durch die Aufsicht bei den schriftlichen Abiturprüfungen nicht frei, müssen Abiturklausuren korrigieren, Präsenzunterricht planen und intelligente, weiterführende Aufgabenmodelle für die Schüler vorbereiten, die zuhause bleiben müssen. Möglicherweise müssen Partnermodelle gefunden werden, bei denen sich Schüler aus den Lerngruppen gegenseitig helfen. Aber auch das ist gerade in den unteren Jahrgängen ein unsicheres Unterfangen.

Klar ist bei allen auch noch so guten Behelfsmodellen: Die sozial bedingten Leistungsunterschiede werden sich extrem verschärfen. Kinder mit einem Elternteil zuhause, der den Tag strukturiert, das Lernen anleitet und darauf achtet, dass nicht alle zehn Minuten im Kinderzimmer etwas anderes gemacht wird, weil die

Verlockungen so vielfältig sind, haben eine ungleich bessere Ausgangsposition als die Schüler, an deren Ausstattung es schon hapert.

Es gibt sie nämlich, die Kinder und Jugendlichen vor allem in eingewanderten Familien, aber auch in deutschen Familien, die beengt wohnen, kein eigenes Zimmer haben und häufig nur über ein Smartphone verfügen. Mit nur einem Gerät wie einem Smartphone Arbeitsblätter auszufüllen und sinnvolle Aufgaben zu machen, ist eine sehr reduzierte Form des Lernens. Inzwischen haben Bund und Länder ein Sofortprogramm in Höhe von 550 Millionen Euro beschlossen, um solchen Schülern, die keine anderen Endgeräte haben, ein solches zu leihen. Doch die Zustimmung der Länder dauert noch. Erst dann kann die Verteilung beginnen und noch weiß keiner, wie sie sich vollziehen soll.

Niemand sollte sich in Sicherheit wiegen und glauben, mit der Anschaffung von Laptops oder Tablets das Nötige getan zu haben. Denn es kommt nun einmal auf die Inhalte an. Technik allein garantiert noch lange nicht effektives Lernen. Digitale Technik ist kein Selbstzweck, sondern immer nur Mittel zum Zweck.

Nicht nur in bildungsfernen und einkommensschwachen Familien gibt es viele Kinder und Jugendliche, die schon jetzt vollkommen abgehängt sind. Die Tochter der alleinerziehenden Mutter, die erst spät abends von ihrer Arbeit zurückkehrt und ihrem Kind nicht bei den Schulaufgaben helfen kann, ist auch mit einem Leih-Laptop nicht zu retten. Es fehlt an mehr.

Viele Lehrer sind in Deutschland noch ungeübt mit digitalen Lernmitteln. Österreich und die Schweiz sind ausweislich aller Studien und Befragungen deutlich weiter, von China ganz zu schweigen. Aber selbst mit guten technischen Voraussetzungen ist das auf das Internet reduzierte Lernen kein wirklicher Ersatz für die soziale Interaktion mit den Schülern und den Lehrern. Die schnelle Rückfrage an den Lehrer, wenn eine Frage nicht ganz verstanden wurde, der prüfende Blick des Lehrers in die Runde, ob eigentlich alle zuhören und verständig schauen, all das fällt weg. Es ist die nonverbale Verständigung, die auch in Klassenzimmern eine große Rolle spielt. Das ist in diesen Wochen allen schmerzlich bewusst geworden. Selbst disziplinierte und autoritär erzogene chinesische Schüler hatten nach sieben Wochen digitaler Beschulung mit optimaler Ausstattung genug davon.

Es gibt zwar auch hierzulande vereinzelt Stimmen, die einen Beweis erbracht sehen für die Abschaffung der allgemeinen Schulpflicht zugunsten des sogenannten Homeschoolings. Davon reden derzeit zwar alle, darunter ist allerdings nicht der gegenwärtige Zwangszustand des Onlinelernens zu verstehen, sondern die Verweigerung gegenüber der allgemeinen Schulpflicht und eine Unterweisung der Kinder und Jugendlichen durch die Eltern, die in Deutschland nicht erlaubt ist.

Die allgemeine Schulpflicht wurde je nach Teilstaat vor zweihundert oder dreihundert Jahren eingeführt. Und sie war und ist eine große soziale Errungenschaft, weil sie allen Kindern und Jugendlichen unabhängig vom Bildungsstand und Geldbeutel der Eltern das gleiche Recht auf Bildung ermöglicht.

Zunächst war die Schulpflicht eine Schutzmaßnahme: Kinder konnten allein auf diese Weise vor Ausbeutung durch Kinderarbeit bewahrt werden. Seit 1938 ist der

Heimunterricht verboten. Die Kultusministerkonferenz schätzt, dass es derzeit etwa 500 bis 1000 Familien in Deutschland gibt, die Homeschooling betreiben. Diese Eltern und andere mehr, die schon immer darauf gehofft hatten, sehen sich nun bestärkt. Aber haben sie eigentlich auch einmal ihre Kinder gefragt, was die davon halten?

Die meisten wollen nicht Mama als Ersatzlehrerin haben, ganz im Gegenteil. Nicht wenige Eltern identifizieren sich auch beim häuslichen Lernen so mit ihren Kindern, dass sie zu Musterschülern mutieren und den Lehrern Eindruck machen wollen. Deshalb ist es auch nur berechtigt, auf Noten zu verzichten und die Nicht-Versetzungen auszusetzen. Bis auf Rheinland-Pfalz und Hessen hatten alle Länder ihre Abiturprüfungen auf Mai verschoben. Die Schulabsolventen brauchen ihre Abschlusszeugnisse und es ist richtig, die Prüfungen nicht ausfallen zu lassen. Die vernünftigen Schülervertreter gerade in Baden-Württemberg haben das auch immer so gesehen und sich dagegen gewehrt, die Abiturprüfung nicht stattfinden zu lassen. Bei einer Abiturprüfung ist eine Ansteckung deutlich unwahrscheinlicher als beim Präsenzunterricht selbst in kleinen Gruppen. Das Hessische Kultusministerium hat trotz der 24.000 Abiturienten keinen einzigen Bericht über eine Infektion infolge der Abiturprüfungen bekommen. Die Frage ist allerdings, ob Schüler und Lehrer nicht verpflichtet werden sollten, Masken zu tragen. Denn Virusanreicherungen in der Luft und die gefährlichen Aerosole lassen sich weder durch Abstandsregeln noch durch reduzierte Gruppengrößen garantieren.

Zweifellos haben die Schulen die Zeit der Schließung besser überstanden, die schon vorher gewisse Übung mit digitalen Lernmitteln hatten. Zugleich aber hat die Krise nicht nur die Unterschiede zwischen Schulen und deren Ausstattung offenbart, sondern auch gezeigt, dass analoger Unterricht eben durch Nichts zu ersetzen ist. Das reale Kooperieren von Schülern und Lehrern beim Lernen, Reflektieren, gemeinsamen Nachdenken und Erobern neuer Wissenshorizonte kann sich nur im realen Unterrichtsgeschehen entwickeln. Aufmerksame Schüler haben in diesen Wochen des eigenständigen Lernens gemerkt, wieviel durch guten Unterricht hängen bleibt. All das fiel nun weg und musste selbst erarbeitet werden. Unterricht hatte von nun an ausschließlich den Charakter von Hausaufgaben. Von Wiederholung und Übung in Variationen, vom spielerischen Abfragen von Vokabeln, Konversation in der Fremdsprache und anderem abgesehen. Nicht wenige Eltern haben zum ersten Mal gesehen, was Lehrer eigentlich leisten. Und es bleibt zu hoffen, dass sie sich auch nach der Corona-Pandemie noch daran erinnern.

In der Zeit der Schulschließung waren die Lehrer auf die Rolle der Aufgabenlieferanten reduziert, das Lernen mussten Eltern oder ältere Geschwister anleiten. Manche Schüler wurden in zweieinhalb Monaten nicht einmal von ihren Lehrern erreicht, weil die Schulen keine Mailadressen hatten oder sich auch einige einfach keine Mühe gegeben haben. Die meisten Lehrer haben versucht, das Beste aus der misslichen Lage zu machen. Nicht alle Eltern wussten das auch zu würdigen, sondern schrieben wenig freundliche Briefe und Mails an Lehrer.

Manche Familien haben es einer umfangreichen Befragung über alle Bundesländer hinweg genossen, während der Zeit des Shutdowns zur Ruhe zu kommen. Das Herumhetzen von einer Freizeitbeschäftigung der Kinder nach der anderen, die Chauffeurdienste, der eng getaktete Tagesablauf hatten sich von selbst erledigt.

„Muss das eigentlich wirklich sein, wollen wir auch nach Corona so weitermachen“, fragten sich Eltern und konnten der erzwungenen Entschleunigung durchaus positive Seiten abgewinnen. Plötzlich waren alle darauf angewiesen, zuhause miteinander auszukommen. Manche Eltern haben ihre Kinder in dieser Zeit oft erst richtig kennengelernt, andere waren ratlos, was sie eigentlich mit ihnen anfangen sollten. Hatten sie sich doch von Anfang an daran gewöhnt, dass andere die Ideen haben und die Betreuung der Kinder übernehmen.

Und so ist es durchaus zwiespältig, wenn jetzt vor allem ostdeutsche Ministerpräsidenten die möglichst rasche Komplettöffnung von Kindergärten und Schulen damit begründen, dass die Eltern endlich wieder zur Arbeit gehen müssten, sprich ihre Kinder aufbewahren lassen. Schule ist mehr als ein Aufbewahrungsort und die Institution, die Arbeitsabläufe ermöglicht. Aber auch in einem Land wie Baden-Württemberg ist die Geduld am Ende. Die Eltern wollen klare Perspektiven, sie wollen Verlässlichkeit und sie finden die selbstverständliche Erwartung der Ministerien, sich auf die Eltern als Hilfslehrer zu verlassen, unhaltbar. Für eine Übergangszeit waren sie bereit dazu, aber nicht auf Dauer und nicht bei der Wiederaufnahme der Arbeit im Büro oder zuhause. Die Schäden für alle Beteiligten sind möglicherweise größer als der medizinische Schutz durch den Wechsel zwischen Präsenzunterricht und Beschulung zuhause. Denn auch in kleinen Gruppen kann man sich anstecken.

Der Präsenzunterricht in der gegenwärtigen Planung wird in kleinen Gruppen und möglicherweise auch bei fremden Lehrern stattfinden, weil einzelne Lehrer zur Risikogruppe gehören. An manchen Schulen sind es gar ein Viertel der Gesamtlehrerschaft. Damit ist ein akuter Personalmangel verbunden. Hinzu kommt, dass die Kinder nach der belastenden Situation des Eingesperrtseins zuhause ohne Freunde und Schulkameraden keine emotionale Stütze in der Schule erfahren. Denn welches Kind wird sich schon einem fremden Lehrer gegenüber öffnen?

Die bisherige Planung der Kultusminister, nach den Ferien im Wechsel mit Präsenzunterricht in der Schule in den Kernfächern und heimischem Lernen weiterzumachen, wird nicht aufgehen. Es droht jetzt wirklich ein Zusammenbruch des gesamten Systems. Psychiater, Bildungswissenschaftler und Bildungsökonom warnen nicht nur vor den zu erwartenden Bildungsdefiziten, sondern auch vor kaputten Bildungskarrieren und verpassten Chancen auf Bildungsabschlüsse.

Für die Politiker ist es eine ungeheuer schwierige Risikoabschätzung. Einerseits kennen sie die sozialpsychologischen, bildungswissenschaftlichen und pädagogischen, ja auch die volkswirtschaftlichen Argumente, die gegen den eingeschränkten Unterrichtsbetrieb sprechen. Es gibt Studien aus den Vereinigten Staaten mit drei Monaten Sommerferien, die gerade bei Schülern mit ungünstigen Ausgangsbedingungen zu einem enormen Lernverlust führen, wenn es in den Ferien nicht zusätzliche Angebote gibt. Unterrichtsausfall hat selbst über wenige Monate ungeheure Folgen für die Qualität des Bildungsabschlusses, also für die Kompetenzen, die erreicht werden.

Bei einem Streik der Lehrer im französischen Teil Belgiens vom Mai 1990 bis zum November 1990 stellte sich im Vergleich zum flämischen Teil des Landes heraus, dass die Wahrscheinlichkeit von Klassenwiederholungen stieg und niedrigere

Bildungsabschlüsse erreicht wurden. Solche streikbedingten Schulschließungen, auch geplante Kurzschuljahre schmälern den künftigen Arbeitsmarkt-Erfolg.

Verpasste Lernchancen haben also ganz erhebliche Folgekosten: individuell, biographisch und auch ökonomisch. Aus der bildungsökonomischen Forschung weiß man, dass jedes Schuljahr an zusätzlichem Lernen das Lebenseinkommen im Durchschnitt um rund 10 Prozent erhöht. Geht etwa ein Drittel eines Schuljahres an Lernen verloren, so geht dies über das gesamte Berufsleben gerechnet im Durchschnitt mit rund 3 bis 4 Prozent geringerem Erwerbseinkommen einher.

Hinzu kommt, dass die soziale Schere zwischen bildungsfernen und bildungsnahen Familien und deren Kindern weiter auseinandergeht. Wie wird das also für Schüler sein, die auch einen großen Teil des kommenden Schuljahres mit rudimentärem Unterricht in den Kernfächern zubringen sollen?

Ein pädagogisches Konzept für den Wechsel zwischen häuslicher Beschulung und Präsenzunterricht in der Schule gibt es nicht. Kein Kultusminister hat es. Und der Präsenzunterricht in der Schule ist schwierig genug: Abstandsregeln, Einbahnstraßen, Hygienevorschriften, teilweise auch Maskentragen sind Pflicht. Die Schulleiter und ihre Kollegen sind gezwungen, die Hygienepläne des Landes und ihrer eigenen Schule einzuhalten, wenn sie keinen Ärger mit den zuständigen Gesundheitsämtern haben wollen. Zugleich wissen sie, dass die Schüler an Bushaltestellen und außerhalb des Unterrichts, auch im Schulbus, gar nicht auf Abstand gehen können.

Sachsen hat mit den Gesundheitsämtern deshalb vereinbart, dass die Abstandsregeln in der Schule nicht gelten. Lehrer können sich dort einmal in der Woche testen lassen. Übernimmt ihre Krankenkasse die Kosten nicht, kommt das Land für die Kosten auf. Dort dürfen die Schüler wieder im Klassenverband in die Schule gehen. Die Eltern entscheiden, ob die Kinder am Unterricht teilnehmen oder nicht. Der Vater einer Schülerin hatte sich dieses Recht vor einem Verwaltungsgericht eingeklagt.

Allerdings wird auch in Sachsen darauf geachtet, dass die Gruppen konstant bleiben. Es soll also keinen Wechsel und keine Durchmischung der Schüler geben – nicht auf dem Pausenhof und nicht in der Schule. Damit wäre es leichter möglich, eine Infektionskette zu entdecken und Klassen und ihre Lehrer zu isolieren, ohne gleich wieder die gesamte Schule zu schließen. Die Kultusminister Sachsen-Anhalts und Thüringen erwägen nun ähnlich vorzugehen, weil der Druck aus dem Nachbarland wächst, zumal es in ihren Ländern nur noch wenige Neuinfektionen gibt. Das gilt auch für Mecklenburg-Vorpommern.

Zuletzt hatten vier Fachgesellschaften, die Deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene zusammen mit den pädiatrischen Fachgesellschaften, der Deutschen Gesellschaft für pädiatrische Infektiologie (DGPI), der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendmedizin (DAKJ) und dem Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) die sofortige Wiedereröffnung von Schulen und Kitas unter Wahrung konkreter Hygieneregeln gefordert und ausführlich begründet.

Die Krankenhausgesellschaft hält die aktuellen Erkenntnisse über die Rolle der Kinder und Jugendlichen für ausreichend, um die Kita- und Schulschließungen ab sofort unter Einhaltung konkreter Hygieneregeln zu beenden.

Die Daten aus vielen Untersuchungen, Studien, Modellberechnungen und Ausbruchsanalysen weisen in den Augen der Ärzte in eine Richtung: Kinder und Jugendliche seien nicht die treibende Kraft der Pandemie. Das weitere Schließen von Kitas und Schulen aber auch das nur in kleinsten Schritten vollzogene Wiedereröffnen stehe dazu in keinem Verhältnis. Kinder und Jugendliche seien nicht nur seltener infiziert, im Falle einer Infektion seltener schwer erkrankt und außer wenigen Einzelfällen auch nicht vom Tode bedroht, sondern steckten auch deutlich weniger andere Personen an. Kinder und Jugendliche seien im Gegensatz zur Ausbreitung der echten Grippe, der Influenzainfektion, keine treibende Kraft. Die Bedeutung von Schul- und Kitaschließungen auf die Dynamik der weiteren Infektionsausbreitung werde als gering eingeschätzt.

Das Risiko für Lehrer, Erzieher, Betreuer und für Eltern lasse sich durch Einhaltung der wichtigen Hygieneregeln seitens der Erwachsenen und der Jugendlichen ausreichend kontrollieren. Gemeinschaftseinrichtungen für Kinder- und Jugendliche stellten im Gegensatz zu Seniorenheimen keine Hochrisikoumgebung dar und könnten nach individueller ärztlicher Abwägung auch von Kinder und Jugendlichen mit bestimmten Grunderkrankungen aufgesucht werden.

Virologen wie der Direktor des Instituts für Virologie der Berliner Charité Christian Drosten sehen das ganz anders. Der normalerweise beherrschte Wissenschaftler, der eine große Gabe besitzt, auch schwierige Zusammenhänge einem Laien-Publikum zu vermitteln, hat angesichts der Stellungnahme der vier Fachgesellschaften die Geduld verloren. Indirekt hat er ihnen vorgeworfen, fehlende eigene Forschung durch eine starke Meinung zu ersetzen. Er verweist darauf, dass es keine wissenschaftliche Grundlage für die komplette Wiedereröffnung der Einrichtungen gebe, obwohl er als Privatmann die Schwierigkeiten sieht, die mit einer fortgesetzten Schließung der Schulen verbunden sind.

In der Tat sind alle Studien aus Frankreich, China, auch Island nicht belastbar, weil sie während der Zeit der Schließung erhoben wurden. Auch über die Rolle von Kindern und Jugendlichen im Infektionsgeschehen gibt es unterschiedliche Aussagen. Einerseits ist die Viruslast im Rachen von Kindern nicht geringer als bei Erwachsenen, andererseits aber erkranken Kinder seltener. Die Anzahl der infizierten Kinder ist zwar insgesamt gering, aber das liegt auch daran, dass sie während der Schließung keinerlei soziale Kontakte mehr hatten und sich manchmal auch dann nicht infizierten, wenn ein Elternteil oder beide positiv getestet waren. Allerdings gibt es auch keine wissenschaftlichen Studien für eine weitere Schließung der Schulen. Wir wissen einfach nicht genau, welche Rolle Schulen und Kindergärten im Infektionsgeschehen spielen. Es gibt Länder wie Island oder Schweden, die trotz fortgesetzter Öffnung der Schulen einigermaßen gut durch die Krise gekommen sind und es gibt Länder, die weiterhin an der Schließung der Schulen festhalten wie Italien, das erst im September wieder zum Schulbetrieb zurückkehren will.

Eine großangelegte und belastbare Studie wäre deshalb dringend erforderlich. Allerdings wird man mit Schulöffnungen kaum warten können, bis solch eine Untersuchung vorliegt.

Es wäre deshalb wichtig, dass die Schulöffnungen wissenschaftlich eng medizinisch begleitet werden. Das ist in Sachsen geplant. Eine Möglichkeit wäre auch, Schüler, Lehrer und das ganze Schulpersonal zweimal in der Woche zu testen. Das kostet viel Geld. Für alle Schulen in Deutschland wären es wohl zwischen 26 und 30 Milliarden Euro im Jahr. Vermutlich reicht es, das Schulpersonal und die Erzieher zu testen, um ein Infektionsgeschehen aufzuspüren. Dafür könnte auch das Geld sinnvoller eingesetzt werden, das nun von einigen Politikern als einmaliger Kinderzuschuss für Familien vorgeschlagen wird.

Es ist einfach keine Perspektive, Eltern, Lehrer und Schüler im Ungewissen zu lassen und darauf zu setzen, dass bis zu zwei Jahre lang nur ein Wechsel von Online- und Präsenzunterricht stattfinden kann. Die Folgen für die 10 Millionen Bildungsbiographien gegenwärtiger Schüler wären kaum absehbar. Es wird in dieser Zeit Ausnahmen für gesundheitlich gefährdete Kinder oder deren Eltern geben müssen, aber es kann nicht sein, dass die Bildungschancen einer ganzen Generation verspielt werden. Virologen werden immer zur Vorsicht tendieren, aber der Gesundheitsschutz allein kann nicht leitend sein. Auch die Angst verantwortlicher Politiker vor einem erneuten Ausbruch von Infektionsherden darf nicht zum einzigen Kriterium werden.

Es sind schwierige Risikoabwägungen, in denen weder die sozialpsychologischen und bildungswissenschaftlichen noch die virologischen Kriterien außer Acht gelassen werden dürfen. Wer öffnet, muss immer mit Neuinfektionen rechnen. Entscheidend ist, dass sie beherrschbar bleiben. Das ließe sich in der ungewissen Lage, in der wir jetzt leben, nur mit Tests erreichen. Deshalb wäre es wohl auch volkswirtschaftlich besser, die Kosten für eine regelmäßige Testung aufzuwenden, anstatt die späteren und heute noch nicht absehbaren volkswirtschaftlichen Schäden durch brüchige Bildungskarrieren zu riskieren. Spätestens nach den Sommerferien muss es wieder einen geregelten Schulbetrieb geben.
